

WEITBLICK



ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK

2021 | 2
Handel(n) zum
Schutz der Wälder

Umweltschutz auf
freiwilliger Basis? – Seite 2

Gemeinsam machen wir die
Wahl zur Klimawahl – Seite 3

Brandgefahr durch
Freihandel – Seite 4

EDITORIAL



Katharina Brandt
Referentin für
Landwirtschaft
bei Germanwatch

Liebe Leser:innen,

wie vielen geht mir meine Arbeit auch im Urlaub durch den Kopf. Als ich nach langer Zeit meine Familie in Brasilien besuchte, kamen die Brandrodungen im Amazonas öfter zur Sprache. Auf den Großonkel am Grill oder das junge Paar im Bus wirkte die Kritik europäischer Regierungen im Namen des Klimaschutzes scheinheilig. Schließlich sei die natürliche Vegetation in Brasilien noch zum Großteil intakt und außerdem trage ja auch die enorme Soja-Nachfrage aus Europa dazu bei, dass Wälder für Felder gerodet werden.

Auf langen Fahrten durch das Landesinnere zogen am Autofenster Rinderweiden vorbei, mit mehr Pflanzenvielfalt als auf Deutschlands extra angelegten Blühflächen. Der Anblick half mir, die Argumente gegen Europas Regierungen nachzuvollziehen.

Meine Überzeugung hat sich dadurch nicht geändert: Unser Einsatz zum Schutz von Wäldern und Menschenrechten weltweit ist unverzichtbar. Das bedeutet auch, dass wir Europas „Scheinheiligkeit“ nicht durchgehen lassen dürfen. Deshalb beleuchten wir mit diesem WEITBLICK das komplexe Zusammenspiel zwischen globalen Lieferketten und Waldvernichtung.

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Milo Rau
Regisseur,
Autor und Aktivist

„Im Kampf gegen den Klimawandel wird der Mercosur zum Schicksalsort. Jetzt, da die Region durch das EU-Freihandelsabkommen Begehrlichkeiten von Großkonzernen auf sich zieht, müssen wir verhindern, dass der Amazonas, die „grüne Lunge des Planeten“, in einer finalen Abholzungsorgie vernichtet wird. Wie Germanwatch arbeite ich seit vielen Jahren gemeinsam mit Partner:innen aus dem Globalen Süden an nachhaltigen, humanen und fairen Methoden des Austauschs. Wer Germanwatch unterstützt, arbeitet mit an einer menschlichen Zukunft für alle.“

Die neue Regierung muss Verantwortung fürs Klima übernehmen

Dazu gehört auch der Schutz der Wälder in Südamerika

Waldbrände in ungesehenem Ausmaß auf der ganzen Welt, Flutkatastrophen, explodierende Getreidepreise – wir sehen es mittlerweile Tag für Tag: Die Klimakrise trifft uns schon heute und droht sich weiter massiv zu verschärfen. Das hat auch der Weltklimarat in seinem neuen Sachstandsbericht im August so deutlich wie nie bestätigt. Dieses Jahrzehnt ist entscheidend – wenn wir jetzt nicht handeln, werden wir das Ziel des Pariser Klimaabkommens nicht mehr erreichen, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Deutschland und die EU tragen eine besondere Verantwortung für die Bekämpfung der Klimakrise. Einerseits haben sie jahrhundertlang ihren Wohlstand auf der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas aufgebaut. Andererseits verfügen sie über die Möglichkeiten, den Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu bewältigen. Dafür braucht Deutschland eine Bundesregierung, die schnell aus Kohle, Öl und Gas aussteigt und Klimaschutz zur obersten Priorität macht. Die anstehende Bundestagswahl muss deshalb eine Klimawahl werden.

Aber die Verantwortung der nächsten Bundesregierung endet nicht an den Grenzen Deutschlands oder der EU. Deutschland muss und kann die Entwicklung zu einer klimaneutralen und gerechten Zukunft in anderen Teilen der Welt unterstützen. Denn was wir in Europa tun oder lassen, unsere Ernährung, unser Handel, haben Auswirkungen auf andere Teile der Welt. Das zeigt etwa der Blick auf die Vernichtung der Wälder im Wirtschaftsraum Mercosur (Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay). Denn die EU ist zweitgrößte Abnehmerin der landwirtschaftlichen Produkte, die die Entwaldung dort besonders anheizen: Rindfleisch und Soja.

Im Juni 2020 gab es im Amazonas so viele Waldbrände wie zuletzt vor 14 Jahren, größtenteils zurückzuführen auf Brandstiftung für die Landwirtschaft und begünstigt von sich verändernden Klimabedingungen. Vor wenigen Wochen ergaben wissenschaftliche Messungen erstmals, dass Teile des Amazonas, vor allem im Südosten, von einer Treibhausgas-Senke zu einer Treibhausgas-Quelle geworden sind: Der Wald stößt mehr Kohlendioxid durch Entwaldung, Brände und Trockenheit aus, als er durch das Wachstum der Bäume bindet.



„Burning down the house“. Die Brände in Südamerika sind von schwerwiegendem Ausmaß für Klima und Artenvielfalt – und für die Menschen, die im und von dem Wald leben. Nicht nur die Lebensgrundlagen, sondern auch kulturelles Erbe und Identität gehen verloren. Exemplarisch dafür steht in dieser Collage der Brand des brasilianischen Nationalmuseums 2018. Bild: Ana Hupe (2021).

Die Entwaldung im Mercosur betrifft neben dem Amazonas auch den Atlantischen Regenwald und die Savannen des Cerrado und des Gran Chaco. In all diesen Lebensräumen ist die Ausweitung von Rinderweiden und Sojafeldern die Hauptursache für Entwaldung. Hier wird auch für den Export nach Europa produziert. Die exportgetriebene Entwaldung in Südamerika bedroht nicht nur die Stabilität des Weltklimas, sondern zerstört auch die Biodiversität und führt zu Menschenrechtsverletzungen, insbesondere von indigenen Menschen, die im und mit dem Wald leben. Es werden traditionelles Wissen und Identität, oft genug Gesundheit und Leben zerstört. Nicht umsonst zieht die Künstlerin Ana Hupe, die diese Ausgabe mitgestaltet hat, den Vergleich zwischen brennenden Wäldern und dem Brand des brasilianischen Nationalmuseums.

Zur Eindämmung der Entwaldung braucht es mehr internationale Kooperation. Export- und Importländer sowie die großen Handelsfirmen müssen Verantwortung übernehmen. Großbritannien wird im November den Weltklimagipfel in Glasgow ausrichten und hat bereits angekündigt, das Thema Entwaldung auf die Tagesordnung zu setzen. Auch beim mehrfach verschobenen UN-Biodiversitätsgipfel, der im Frühjahr 2022 im chinesischen Kunming stattfinden soll,

sollte der Stopp der Waldvernichtung Thema sein. Denn als weltgrößter Importeur von Produkten, die mit Abholzung in Verbindung stehen, trägt China eine starke Verantwortung.

Auch die EU auf Rang zwei muss jetzt Verantwortung übernehmen, um diese internationalen Verhandlungen zum Erfolg zu führen. Denn nur wer selbst glaubwürdig handelt, kann dies auch von anderen einfordern. So darf sie das Freihandelsabkommen mit dem Mercosur nicht ratifizieren, denn es enthält keine wirksamen Regeln zum Schutz von Menschenrechten, Klima und Wäldern, dafür aber Anreize zum Export von Soja und Fleisch. Auch das geplante EU-Lieferkettengesetz und weitere Regulierungen sollten sicherstellen, dass Unternehmen keine landwirtschaftlichen Produkte mehr nach Europa importieren dürfen, die nachweislich die Entwaldung anheizen.

Können wir das schaffen? Ja, aber dafür muss die nächste Bundesregierung den Schwerpunkt auf Klima- und Biodiversitätsschutz und verantwortungsvolle Handelspolitik setzen – in Deutschland, in der EU und weltweit. Auch das macht die Wahl am 26. September zur Klimawahl.

Lutz Weischer und Christoph Bals

10 Kernforderungen zur Bundestagswahl:

In einer Zeit globaler Krisen steht Deutschland vor einer Richtungswahl: Um Grund- und Freiheitsrechte auch für junge und kommende Generationen hier und anderswo zu sichern, brauchen wir eine Politik, die für Menschenrechte, Umweltschutz und Gerechtigkeit einsteht. In der nächsten Legislaturperiode müssen endlich konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Denn in diesem Jahrzehnt entscheidet sich, ob die globalen Klima- und Nachhaltigkeitsziele noch eingehalten werden können. Was muss die nächste Bundesregierung also tun, um Deutschland gerechter, nachhaltiger und international verantwortungsvoller zu machen?

Als Teil eines umfangreicheren Reformprogramms muss die nächste Regierung auf jeden Fall die folgenden zehn Aufgaben anpacken:

1. Das Handeln der Regierung muss sich an den UN-Nachhaltigkeitszielen ausrichten
2. Der Finanzmarkt muss als Hebel genutzt werden, um den Wandel zu finanzieren
3. Wind- und Solarkraft müssen schnell und naturverträglich ausgebaut werden
4. Industrielle Tierhaltung muss abgeschafft und die Landwirtschaft umgebaut werden
5. Unser Verkehr muss sich verändern: weg vom Auto und Flugzeug, hin zum Zug
6. Eine Kreislaufwirtschaft muss unseren Ressourcenverbrauch senken
7. Die Digitalisierung muss unser Gemeinwohl schützen
8. Unsere Handelspolitik muss sich an Menschenrechten und Lebensgrundlagen ausrichten
9. Ein wirksames EU-Lieferkettengesetz muss verabschiedet werden
10. Unsere internationale Politik muss mehr Partnerschaften für Klima und Nachhaltigkeit schließen

Mehr über unsere Aktivitäten rund um die Bundestagswahl hier:
www.germanwatch.org/bundestagswahl2021



Keine Ausreden mehr

Ein digitales Tool macht Lieferketten transparent

Woher wissen Schweinemäster:innen in Deutschland, ob für die Sojaration in ihrem Futtermittel Wälder vernichtet wurden? Bisher hatten sich Herstellungsbetriebe von Futtermitteln auf der Komplexität ihrer mehrstufigen globalen Lieferketten ausgeruht, die dazu führte, dass die Herkunft des Sojas oft nur schwer nachzuvollziehen war. In Zukunft könnte ein EU-Gesetz Unternehmen jedoch zu mehr globaler Verantwortung verpflichten. Angaben über Maßnahmen gegen Entwaldung entlang der Lieferketten würden dann für Unternehmen in Europa zur Pflicht (mehr über Sorgfaltspflichten auf Seite 3).

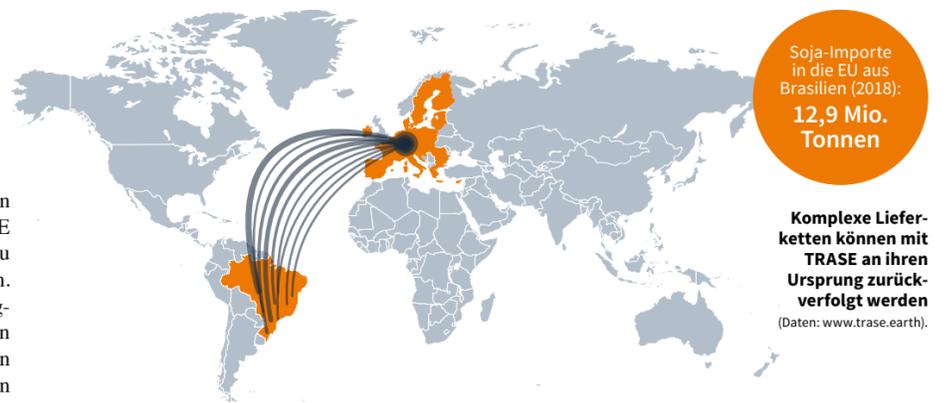
Komplexe Datenanalyse für transparente Lieferketten

Die gemeinnützige Initiative TRASE erhöht seit 2016 die Transparenz in Lieferketten von Agrarrohstoffen wie Soja, Rindfleisch, Kaffee und Palmöl, die zur Vernichtung der Wälder

weltweit beitragen. Durch das Verknüpfen von Daten ist es den klugen Köpfen hinter TRASE gelungen, internationale Handelsströme bis zu ihrem Produktionsstandort zurückzuverfolgen. Der Zugriff auf Satellitendaten macht es möglich, die Landnutzung an Produktionsstandorten über mehrere Jahre zurückzuverfolgen. So kann genau ermittelt werden, wo für den Anbau von Rohstoffen Wälder gerodet wurden. TRASE kann auf diese Weise Rohstoffe, Regionen, Unternehmen und Lieferketten mit hohem Entwaldungsrisiko identifizieren und zeigt auf, wo angesetzt werden müsste, um rohstoffbedingte Entwaldung zu beenden.

Woher kommen die Daten?

Um die Akteur:innen entlang einer Lieferkette zu identifizieren, nutzt TRASE einen Mix aus öffentlich zugänglichen und käuflich frei zu erwerbenden Daten. Diese kommen zum Beispiel von staatlichen Datenbanken, selbst gemeldeten Angaben von Unternehmen und aus der Markt-



forschung. Ausführdeklarationen helfen dabei, Import- und Exportunternehmen zu identifizieren und geben Aufschluss über das Einkaufsland der Fracht. Da der Preis für die Tonne Soja wesentlich von der Transportstrecke vom Produktionsstandort zum Silo und dem Exporthafen abhängt, kann das TRASE-Tool die wahrscheinlichste Lieferkettenverbindung zwischen dem Produktionsstandort und der Exportfirma ermitteln. Sollten Sojaproduzent:innen doch ein anderes Silo beliefert haben, können sie sich mit einem Nachweis an die Initiative wenden und so zur Transparenz der Lieferkette beitragen.

Mehr Handlungsdruck auf Unternehmen und Regierungen

Laut Untersuchungen von TRASE wurden 2018 knapp 3,9 Millionen Tonnen Soja aus dem brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso in die

EU verkauft. 19 Prozent davon stammten von Betrieben, die illegal Flächen rodeten. Fakten wie diese können Debatten füttern und Herstellungsbetriebe von Futtermitteln und Lebensmittelunternehmen zu nachhaltigeren Handelspraktiken bewegen. Letztendlich braucht es aber politische Instrumente, die Unternehmen verpflichten, ihre Lieferketten transparent zu machen und Entwaldung in den Lieferketten zu beseitigen. Dazu zählt neben einem EU-Lieferkettengesetz, das Unternehmen in die Pflicht nimmt, eine nationale Gesetzgebung in den Anbauländern selbst, die nachhaltige Produktionsweisen fördert, die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen garantiert und Ökosysteme schützt.

Katharina Brandt

Mehr Informationen zur Transparenz-Initiative TRASE: www.trase.earth

Der Waldvernichtung den Geldhahn zudrehen

EU-Standards für einen nachhaltigen Finanzmarkt

Europas Nachfrage nach Soja, Palmöl, Holz und Rindfleisch ist ein wichtiger Treiber globaler Entwaldung. Alle, die an diesen Wertschöpfungsketten beteiligt sind, brauchen Kredite von Banken oder Finanzierung von Investor:innen. Wenn Finanzierung für Produktion, Handel und Vertrieb dieser Güter daran geknüpft würde, dass Entwaldung wirksam vermieden wird, wäre das ein mächtiger Hebel zur Rettung der verbliebenen Wälder.

Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, den Nachhaltigkeitsgedanken auf den Finanzmärkten zu stärken. Kreditgeber:innen und Investor:innen sollen befähigt werden, Umwelt- und Sozialfolgen ihrer Investitionsentscheidungen standardmäßig einzubeziehen. Hierbei müssten auch die Risiken von Entwaldung berücksichtigt werden. Ob das gelingt, ist offen, denn die entsprechenden EU-Regeln sind politisch umkämpft.

Damit Investor:innen Klimarisiken berücksichtigen können, müssen diese transparent sein. Das hat drei Dimensionen:

- Erstens die Auswirkungen, die der Klimawandel auf eine wirtschaftliche Aktivität hat. Ein Produzent von „Biodiesel“ aus Palmöl sollte beispielsweise das Risiko von Ernteaufschlägen aufgrund sich häufender Dürren offenlegen.

- Zweitens die Auswirkungen, die die wirtschaftliche Aktivität auf den Klimawandel hat. In unserem Beispiel also die CO₂-Emissionen, die bei der Produktion des Agrosprits entstehen – inklusive der indirekten Emissionen durch Entwaldung.

- Und drittens die Risiken, die aus der Transformation der Wirtschaft selbst entstehen, wie sinkende Nachfrage durch bewusster Konsument:innen oder ein Verbot von Verbrennungsmotoren.

Die EU-Kommission plant dieses Jahr an zwei Stellen Verbesserungen für mehr Transparenz: einerseits die Richtlinie für Nachhaltigkeitsberichterstattung durch Unternehmen und andererseits die EU-Taxonomie, eine einheitliche Definition nachhaltiger Investitionen für mehr Transparenz im Finanzmarkt. Der Schutz von Biodiversität und Ökosystemen findet in beiden Instrumenten bislang zu wenig Beachtung. Zumindest in der EU-Taxonomie wurde die Arbeit an zusätzlichen Nachhaltigkeitskriterien für das Thema Biodiversität aber bereits aufgenommen. Wichtig bei beiden Instrumenten ist, dass Nachhaltigkeitskriterien auf wissenschaftlicher Basis erarbeitet und nicht durch politischen Druck einzelner Mitgliedsstaaten oder Wirtschaftslobbies aufgeweicht werden.

Martin Voß



„Europa on sale“. Siebdruck des Jupitermonds Europa, der im 17. Jahrhundert von Galileo Galilei entdeckt wurde – zu einer Zeit, in der Europas Großmächte bereits dabei waren, über den Seeweg „neue Welten“ zu kolonialisieren. Seitdem verbinden globale Handels- und Finanzströme die Welt. Bild Ana Hupe (2019).

Zu den Bildern in dieser Ausgabe

Die Berliner Künstlerin Ana Hupe, 1983 in Brasilien geboren, stellt in ihren Installationen Gegenerinnerungen zur kolonialen Geschichtsschreibung auf. Sie verwendet dafür diverse Medien wie Fotografie, Texte, Druckgrafik und Skulpturen.

Erfahren Sie mehr: www.anahupe.com



Zwei Boote mit den Namen Yemanjá und Zumbi. Die westafrikanischen Yoruba, die vom 16. bis ins 19. Jahrhundert als Sklav:innen nach Brasilien verschleppt wurden, brachten ihren Glauben an Yemanjá, die Göttin des Wassers, mit ins Land. Bis heute hat sie einen hohen Stellenwert im Glauben vieler Menschen in Brasilien.

Der Freiheitskämpfer Zumbi dos Palmares widmete sein Leben dem Widerstand gegen die portugiesische Kolonialmacht. Heute wird er als Nationalheld verehrt.

Bild: Ana Hupe (2019-2021)

Umweltschutz auf freiwilliger Basis?

Warum Unternehmen für den Schutz der Wälder in die Pflicht genommen werden müssen

Weltweit verschwinden im Jahr 13 Millionen Hektar Wald. Eigentlich sollte diese Zahl bereits im vergangenen Jahr halbiert worden sein. Auf dieses gemeinsame Ziel hatten sich Regierungen, Zivilgesellschaft und Unternehmen wie McDonalds, Nestlé oder Ferrero im Rahmen der *New York Declaration on Forests* im Jahr 2014 geeinigt. Insgesamt haben sich mehr als 250 der einflussreichsten Unternehmen und Finanzinstitutionen, deren Lieferketten Wälder gefährden, Ziele gesetzt, um ihren Beitrag zur Waldvernichtung zu senken. Das weltweite Fortschreiten des Waldverlusts konnten die freiwilligen Selbstverpflichtungen aber bisher nicht stoppen.

Sind freiwillige Selbstverpflichtungen also zwecklos? Brasiliens Soja-Moratorium zum Schutz des Amazonas-Regenwalds galt nach seiner Unterzeichnung 2006 als Hoffnungsträger. Dieses Abkommen zwischen Sojaindustrie und Zivilgesellschaft verbietet den Anbau von Soja auf Flächen in der Amazonasregion, die nach 2008 gerodet wurden. Bis 2020 konnte dadurch die Abholzung für den Sojaanbau im Amazonas auf unter zwei Prozent reduziert werden. Dieses Aufatmen der „grünen Lunge“ hatte jedoch verheerende Auswirkungen auf den angrenzenden Cerrado. In der artenreichen

Savannenregion nimmt die Abholzung seit Unterzeichnung des Moratoriums rapide zu. Der Cerrado verschwindet damit doppelt so schnell wie der Amazonas-Regenwald und läuft Gefahr, bis 2030 komplett gerodet zu sein.

Anhand des Soja-Moratoriums werden die Grenzen freiwilliger Selbstverpflichtungen deutlich: Die Versprechen beschränken sich häufig auf bestimmte Ökosysteme. Ihre Einhaltung überwachen die unterzeichnenden Unternehmen selbst. Eine Berichtspflicht besteht selten. In den vergangenen zwei Jahren machten ein Drittel der Unternehmen, die sich zur Vermeidung von Abholzung verpflichtet hatten, keine Angaben zum Fortschritt ihrer Maßnahmen gegen Entwaldung. Sanktionen gab es dafür keine.

In der Deklaration von New York einigten sich die Vertreter:innen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, die Entwaldung bis 2030 weltweit zu beenden. Um dieses Ziel innerhalb von nur noch neun Jahren zu verwirklichen, reichen Selbstverpflichtungen nicht aus. Die verantwortlichen Unternehmen müssen gesetzlich in die Pflicht genommen werden.

Friederike Teller

„Unser Kampf für Umwelt- und Menschenrechte ist gefährlich“

Giulia Dias (18 Jahre) ist Aktivistin bei Fridays for Future Amazônia. Die Jurastudentin lebt in der Großstadt Belém im Norden Brasiliens und forscht dort am Museum Emílio Goeldi zu den Rechten indigener Gemeinschaften in ihrem Land.



„Wer nicht für die Zukunft kämpft, lebt in der Vergangenheit. Klimagerechtigkeit jetzt.“
Giulia Dias macht weltweit auf die Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen in Brasilien aufmerksam.

Friederike Teller: Warum engagierst Du dich bei Fridays for Future für den Schutz der Wälder?

Giulia Dias: Ich bin im Landesinneren des Bundesstaats Pará im Amazonasgebiet aufgewachsen, wo intensiv Holzwirtschaft betrieben wird. Schon damals wurde viel illegal abgeholzt und ständig fuhr mit Holz beladene Lastwagen vorbei. Das fand ich schlimm und wollte mich für Umwelt und Klima en-

gagieren. Hier in Brasilien kann man nicht über Umwelt- und Klimaschutz reden, ohne über die Rechte der indigenen Gemeinschaften zu sprechen. Deshalb ist es auch so wichtig, dass bei Fridays for Future Amazônia viele junge indigene Menschen aktiv sind.

Teller: Warum sind die Rechte indigener Gemeinschaften so wichtig, um Entwaldung zu stoppen?

Dias: Vor der Kolonialisierung war Brasilien nur von Indigenen besiedelt, deshalb ist ihr ursprüngliches Territorium eigentlich sehr groß. Doch die industrielle Landwirtschaft versucht ihnen das Land wegzunehmen. Um Weide- und Anbauflächen zu vergrößern, dringt die Agrarindustrie, mit politischer Rückendeckung durch die Regierung des Präsidenten Jair Bolsonaro, immer weiter in ursprünglich indigene Gebiete ein. In den letzten zwei Jahren wurden viele Gesetze verabschiedet, die das Vorgehen des Agrobusiness legalisieren. Aktuell bedroht der Gesetzentwurf PL490 die Landrechte der Indigenen.

Teller: Was hätte dieses Gesetz zur Folge?

Dias: Der Entwurf wird schon seit 2007 diskutiert, doch nun könnte das Gesetz unter dem Druck von Agrarindustrie und Regierung endgültig verabschiedet werden. Es würde dafür sorgen, dass Indigene nur noch ein Anrecht auf Land hätten, das sie nachweislich vor Inkrafttreten der Verfassung im Jahr 1988 bewohnt haben. Flächen, für die ein solcher

Nachweis nicht erbracht werden kann, stünden dann der Agrar- und Minenindustrie zur Verfügung. Das erzeugt viele Konflikte. Indigene und Umweltschützer:innen protestieren vehement dagegen. Doch der Kampf für Umwelt und Menschenrechte in Brasilien ist sehr gefährlich. Aktivist:innen erhalten über soziale Medien viele beleidigende Kommentare und sogar Morddrohungen. Dahinter stehen nicht nur Einzelpersonen, sondern auch organisierte Gruppen.

Teller: Wie sieht die Arbeit von Fridays for Future vor Ort aus?

Dias: Zum Schutz des Amazonas vor Abholzung und Bränden startete Fridays for Future Brasilien letztes Jahr die Kampagne *SOS Amazônia*. Internationale Aktivist:innen vernetzen sich, um auf die Situation in Brasilien aufmerksam zu machen und Geld zu sammeln für Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 in indigenen Gemeinschaften im Amazonasgebiet. Wir rufen auch auf, für den Schutz des Pantanal zu spenden – das größte natürliche Feuchtgebiet der Erde. Dort ist zum Beispiel das Eindämmen von Bränden ein wichtiges Ziel. Auch vernetzen wir uns in Gruppen und veranstalten spontane Aktionen.

Teller: Wie hat die Corona-Pandemie Eure Arbeit verändert?

Dias: Es ist schwierig zu protestieren. Hier in Belém haben wir dennoch unter Einhaltung der Hygienevorschriften vor wichtigen Gebäuden, wie dem Stadtrat, demonstriert. Auch online führen wir Mahnwachen durch. Viele unserer Aktionen finden aktuell auf Twitter statt. So wollen wir Aufmerksamkeit erzeugen. Auf unseren Social-Media-Accounts versuchen wir zum Beispiel unter dem Hashtag *#nomoredeforestation* auf die Probleme aufmerksam zu machen. Wichtig ist, dass die Menschen auf der ganzen Welt wissen, was hier in Brasilien passiert. Brasilien ist ein Land mit hoher Biodiversität, aber in letzter Zeit haben wir uns nicht gut darum gekümmert. Viele Menschen versuchen das zu vertuschen. Doch unsere Situation ist ernst: Indigene Menschen werden getötet, Wälder abgeholzt und es gibt immer mehr Brände. Es ist wichtig, unsere Realität zu kennen, auch um das Verhalten in Europa zu verändern und sich zum Beispiel für nachhaltige Lieferketten einzusetzen.

Das Interview führte Friederike Teller am 21. Juli 2021

Mehr Sorgfalt entlang der Lieferkette

So will die EU gegen Entwaldung vorgehen

Die Bilder von Brandrodungen im Amazonasgebiet gehen seit Jahren um die Welt. Die zunehmende Entwaldung verschärft den Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt. Die ursprüngliche Vegetation wird für den Anbau und die Produktion von Soja, Kaffee, Rindfleisch, Palmöl oder Kautschuk gerodet. Diese Waren sind auch in Europa begehrt: Die Europäische Union gibt an, dass etwa zehn Prozent der weltweiten Entwaldung, die durch diese Produkte verursacht wird, auf den Konsum innerhalb der EU zurückzuführen sind. Freiwillige Absichtserklärungen von Unternehmen, Abholzung in ihren Lieferketten zu vermeiden, konnten die Entwaldung bisher nicht eindämmen. Es fehlen Gesetze für den EU-Markt, die den Handel mit Waren verbieten, für die Waldflächen gerodet werden.

Besondere Auflagen für Soja und Co.

In Brüssel werden aktuell zwei Gesetzesvorhaben diskutiert, die endlich wirksame Regeln gegen Entwaldung setzen würden. Die Kommission will beide Vorschläge diesen Herbst vorlegen: Der erste Vorschlag will die Entwaldung in globalen Lieferketten eindämmen, indem Vorgaben für einzelne Risiko-Produkte gemacht werden. Dabei handelt es sich um Produkte, die bisher massiv zur Zerstörung von bestimmten Ökosystemen beigetragen haben – zum Beispiel Soja oder Palmöl. Sie sollen nur noch in die EU eingeführt werden dürfen, wenn sie bestimmte Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Unternehmen, die diese Produkte in der EU verkaufen oder damit handeln wollen, müssten nachweisen, dass ihre Produkte nicht zur Entwaldung beigetragen haben. Sie müssten Informationen zum Produkt

und dessen Lieferkette offenlegen und über ihre Maßnahmen zur Vermeidung von Entwaldung öffentlich berichten.

Regeln, die für alle Branchen gelten

Das zweite Vorhaben will unternehmerische Sorgfaltspflichten in globalen Lieferketten umfassend regeln – unabhängig vom einzelnen Produkt. Das soll unter anderem verhindern, dass EU-Unternehmen oder Finanzinstitute direkt oder indirekt Entwaldung verursachen. Im Juni hat der Bundestag bereits ein ähnliches Lieferkettengesetz verabschiedet, das konkrete Sorgfaltspflichten für deutsche Unternehmen vorschreibt. Gleichzeitig wurde das Gesetz an entscheidenden Stellen abgeschwächt. Schon zuvor hatte das EU-Parlament eine europäische Regelung gefordert. Die EU-Kommission arbeitet derzeit an einem Vorschlag. Sie sollte darin die Schwachpunkte des deutschen Gesetzes korrigieren: Der EU-Vorschlag muss auf internationalen Standards aufbauen und die gesamte Lieferkette umfassen, den Rechtszugang für die Betroffenen verbessern und die umwelt- und klimabezogenen Sorgfaltspflichten stärken.

Zwei Gesetze für mehr Verantwortung

Die beiden Gesetzesvorhaben können aufeinander aufbauen. Besondere und sektorübergreifende Sorgfaltspflichten würden die Unternehmen in der EU dann verpflichten, Verantwortung für die komplette Lieferkette zu übernehmen.

Julia Otten

Gemeinsam machen wir die Wahl zur Klimawahl!



AM 26. SEPTEMBER IST BUNDESTAGSWAHL

Die letzten Monate haben gezeigt: Die Klimakrise betrifft uns unmittelbar und wir müssen handeln – hier und jetzt. Die nächste Bundesregierung muss Klimaschutz, Klimagerechtigkeit und den Schutz der Artenvielfalt zur Priorität machen. Das wird nur passieren, wenn wir Bürger:innen die Bundestagswahl zu einer Abstimmung fürs Klima machen.

Setzen auch Sie ein Zeichen ...



Klimawahlcheck

Ihnen ist noch nicht ganz klar, welche Partei sich wie für Klimaschutz einsetzt? Mit diesem Tool finden Sie raus, welches Wahlprogramm am besten zu Ihnen passt.

Klimawahlcheck machen:
www.klimawahlcheck.org



Klima-Pledge – Meine Stimme für die Zukunft

Verpflichten Sie sich gemeinsam mit Hunderttausenden digital dazu, diese Wahl zur Klimawahl zu machen. Wie das? Versprechen Sie Ihre Stimme der Partei, die aus Ihrer Sicht die besten Ideen für Klimaschutz hat und sprechen Sie darüber: mit Freund:innen, Familie, am Arbeitsplatz ...

Versprechen abgeben:
www.germanwatch.org/klima-pledge



Globaler Klimastreik am 24. September

Seien Sie laut und präsent: Zwei Tage vor der Bundestagswahl gehen wir in Deutschland und auf der ganzen Welt mit Fridays for Future für gerechte und konsequente Klimapolitik auf die Straße.

Alle Orte hier: www.fridaysforfuture.de/allefuersklima

Wählen fürs Klima am 26. September

Schnappen Sie sich Ihre Wahlunterlagen und auf geht's ins zuständige Wahllokal! Oder wählen Sie einfach und bequem per Brief – so schützen Sie in der Pandemie sich selbst und andere.



Termine

■ **Tharandt, 10. – 12. September:**
Nimm den Wandel in die Hand...!
Bildungsveranstaltung mit Stefan Rostock.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/20503

■ **Dortmund, 30. September – 1. Oktober:**
Change School! Summit 2021
Seminar mit Stefan Rostock
Weitere Infos: www.germanwatch.org/20477

■ **Schwerte, 7. – 8. Oktober:**
Klimagerechtigkeit – Grundkurs in Kath. Soziallehre
Seminar u.a. mit Melanie Gehenzig
Weitere Infos: www.germanwatch.org/20474

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung/Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderer:innen und mit anderen Akteur:innen der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung durch Mitglieder und Förderer:innen. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org, E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00, BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Lutz Weischer (V.i.S.d.P.), Janina Longwitz, Katharina Brandt, Friederike Teller, Emma Lou Busch. Stand: August 2021.

Layout: Dietmar Putscher. Auflage ca. 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert durch Engagement Global mit den Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie gefördert von der Deutschen Postcode Lotterie und der Robert Bosch Stiftung. Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Germanwatch verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global, des BMZ, der Deutschen Postcode Lotterie oder der Robert Bosch Stiftung wieder.



Germanwatch Kompakt

Den Wandel gestalten. Für mehr Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.



➔ **Sie interessieren** sich für die Arbeit und Themen von Germanwatch und möchten gern mehr erfahren?

➔ **Unser Newsletter** liefert Ihnen mindestens einmal pro Monat News und Expertise rund um umwelt- und entwicklungspolitische Themen mit einem Fokus auf Klimapolitik und -wissenschaft, Menschenrechten und Transformation der Landwirtschaft.

➔ **Melden Sie sich an!**

➔ www.germanwatch.org/GermanwatchKompakt



Newsletter

Brandgefahr durch Freihandel

EU und Mercosur brauchen verbindliche Bestimmungen zum Schutz der Wälder

Ohne entschiedene Klimaschutzmaßnahmen in den nächsten Jahren ist das Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erdoberfläche auf 1,5 Grad zu begrenzen, nicht mehr zu erreichen. Die EU hat sich deshalb verpflichtet, bis 2030 mindestens 55 Prozent der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 einzusparen. Aber ist das genug? Um das Ziel von Paris wirkungsvoll umzusetzen, müsste sich die EU zusätzlich um verbindliche Bestimmungen gegen Entwaldung in Handels- und Investitionsabkommen bemühen. Aktuell ist sie weltweit immerhin zweitgrößte Importeurin von Rohstoffen, die zur Vernichtung der Wälder beitragen. Damit verursacht die EU jährlich zusätzlich 116 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen – so viele Treibhausgase, wie Belgien im Jahr 2018 ausgestoßen hat.

EU-Mercosur-Abkommen in der Schwebe

2019 wurden die Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen zwischen EU und Mercosur abgeschlossen. Jetzt steht noch die Ratifizierung aus. Das Abkommen würde den Export



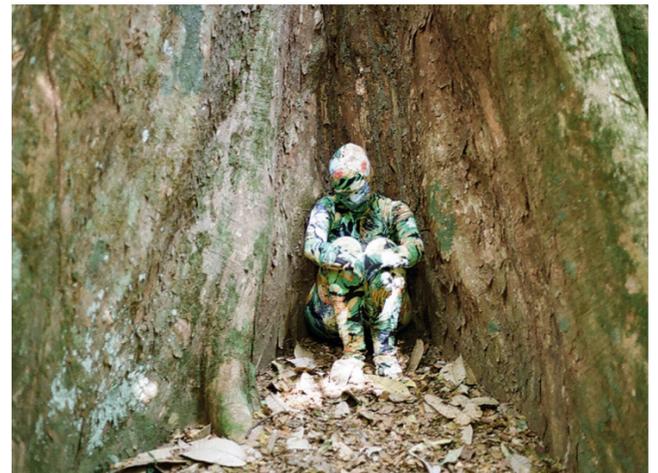
von Entwaldungstreibern wie Soja und Rindfleisch aus den Mercosur-Staaten in die EU deutlich steigern. Das zeigt sich insbesondere am europäischen Rindfleischmarkt. Den schützt die EU aktuell noch mit hohen Zöllen. Baut sie diese ab, würde die Einfuhr von Rindfleisch um knapp die Hälfte erhöht. Die Folgen? In der EU hätten die Landwirt:innen mehr Konkurrenz – insbesondere um Rindfleisch aus Weidehaltung. Am stärksten betroffen wären also die Rinderhalter:innen, die sich um tierwohlorientierte und klimafreundlichere Produktion bemühen. Damit würde das Abkommen den nachhaltigen Umbau der europäischen Tierhaltung erschweren. In Südamerika wiederum würde auf die höhere Nachfrage der EU nach Rindfleisch, Soja und Ethanol die Erschließung zusätzlicher Produktionsflächen folgen – weitere Brandrodungen inklusive.

Das Abkommen formuliert zwar auch allgemeine Nachhaltigkeitsstandards, doch bei Verstößen drohen keine Sanktionen. Wesentliche Ökosysteme und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung sind dadurch bedroht. Nach Berichten über Waldvernichtung und Menschenrechtsverletzungen, besonders in Brasilien, haben die EU und mehrere Mitgliedsstaaten, unter anderem Frankreich und Österreich, die Ratifizierung auf Eis gelegt.

Verbindliche Zusammenarbeit für Menschen, Wälder und Klima

Anstatt das Abkommen zu ratifizieren, sollte sich die EU um eine neue Form der Partnerschaft mit dem Mercosur bemühen, die den Schutz von Menschenrechten, Ökosystemen und Klima verbindlich festschreibt. Im Gegenzug zu Handelserleichterungen sollten Exportländer wirksame Mechanismen zum Schutz der Menschen und der Wälder vorweisen müssen.

Katharina Brandt



Das Überleben der Menschheit ist von den Wäldern abhängig. Europäische Agrar- und Handelspolitik entscheiden maßgeblich über die Zukunft der Wälder. Die beiden Bilder aus dem Performance-Projekt „Zental“ von Ana Hupe (2014) zeigen den ca. tausend Jahre alten Samaúma-Baum, auch bekannt als „Baum des Lebens“ oder „Treppe zum Himmel“.

KOMMENTAR

Ende oder Wende?

Die Zukunft der Landwirtschaft entscheiden wir am 26. September

Jahrzehntlang folgte die Landwirtschaft in Deutschland dem Leitsatz „Wachsen oder Weichen“. Die Produktion möglichst billiger Massenprodukte sollte „fit für den Weltmarkt“ machen. Mit der wachsenden Tierproduktion wuchs auch die Nachfrage nach Soja – auf Kosten der Menschenrechte und der Wälder in Südamerika. Vorgegeben wurde diese Wachstumslogik von Agrarpolitik, Deutschem Bauernverband, Lebensmittelindustrie und -handel. Doch dieser Weg führte in die Sackgasse und zu verhärteten Fronten: auf der einen Seite Bäuer:innen und auf der anderen Tierschützer:innen, die ihnen Tierquälerei vorwerfen, Naturschützer:innen, die sie als Umweltsünder:innen anprangern, Lebensmittelkonzerne, die keine anständigen Preise zahlen und Politiker:innen, die sie mit Bürokratie drangsalieren – und die sie allesamt mit den Mehrkosten für höhere Auflagen alleinlassen. Ein krankes System, das immer mehr Betriebe zur Aufgabe zwingt.

Den Weg aus der Systemkrise zeigt die von einer genervten Kanzlerin berufene Zukunftskommission Landwirtschaft auf. Ende Juni schlug sie eine neue gesellschaftliche Verständigung über das Agrar-

und Ernährungssystem vor: weniger Fleisch essen, weniger Tiere halten, umwelt-statt flächenbezogene Subventionen, Preisaufschlag auf Fleisch, aber auch auf Ungesundes wie Fett, Zucker und Salz! Unterschrieben haben Vertreter:innen der Wissenschaft, Verbraucher:innen- und Umweltorganisationen – aber auch der Lebensmittelwirtschaft und des Bauernverbands. Auch sie haben erkannt: Nur eine fundamentale Wende kann die Zukunft der Landwirtschaft sichern! Eine Wende, ohne die im Übrigen auch die Entwaldung im Mercosur nicht zu stoppen ist.

Und die Agrarpolitik? Die ist bis heute von gestern: Ebenfalls im Juni bremste die EU eine konsequente Umstellung auf ein umweltbezogenes Subventionssystem aus. Zudem will Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner den Neubau von Ställen fördern, damit noch mehr Tiere gehalten werden können – zwar tierwohlgerechter mit mehr Platz, aber klimapolitisch kontraproduktiv.

Am 26. September können die Wahlberechtigten in Deutschland die Weichen für eine neue Bundesregierung stellen, die in der Agrar-, Klima- und Umweltpolitik

den Schalter umlegt: statt kontraproduktiver Reförmchen ein langfristig angelegter Systemwechsel! Dazu braucht es verlässliche politische Rahmensetzungen für existenzsichernde Erzeuger:innenpreise, die Honorierung ökologischer Leistungen, einen sozialen Ausgleich für Einkommensschwache, eine Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln nach klaren Öko-, Tier-schutz- und Gesundheitsstandards – und ja, auch Verbote, zum Beispiel von unfairen Handelspraktiken der Supermarktketten. Damit können und wollen die Bäuer:innen leben!



Dr. Klemens van de Sand ist seit 2009 Vorstandsmitglied von Germanwatch. Zuvor war er in leitenden Funktionen im Bundesentwicklungsministerium und beim International Fund for Agricultural Development tätig.